



WWF  
NEWSLETTER

MAI  
2013

© Frank Paul



## Geld sinnvoll investieren



Tony Long,  
Direktor des  
WWF-Büros  
in Brüssel

*Ich muss gestehen, dass ich am 6. Februar erleichtert aufgeatmet habe. Nach einer wegweisenden Abstimmung des Fischereikomitees für eine nachhaltige Gemeinsame Fischereipolitik (GFP) im Dezember 2012, haben die MdEPs im Februar mit 502 zu 137 Stimmen für den Bericht von Ulrike Rodust zur Grundverordnung der GFP, dem Herzstück der Reform, gestimmt. Welch ein herausragender Sieg für unsere Meere! Die Kernforderungen des WWF wurden in der legislativen Entschließung des Europäischen Parlaments berücksichtigt. Sie beinhalten, dass die Fischbestände sich über das Niveau des höchstmöglichen Dauerertrages (MSY) erholen können, Mehrjahrespläne eingeführt und Rückwürfe beendet werden sollen. Die Art, wie wir fischen und unsere Meere managen, wird sich ändern, doch der Weg dorthin ist noch weit.*

*Als MdEPs tragen Sie die Verantwortung, dass die EU-Fischereiminister die starke Reform, (weiter auf S. 2)*

**STOP BANKRUPTING  
OUR OCEANS** 

# SUBVENTIONEN MÜSSEN NACHHALTIGKEIT FÖRDERN

**Die MdEPs haben sich für weitreichende Änderungen in der Gemeinsamen Fischereipolitik ausgesprochen. Die Herausforderung besteht nun darin sicherzustellen, dass Fischereisubventionen die neue GFP unterstützen und nicht aushebeln.**

Einer Umfrage des WWF zufolge möchten 88 Prozent der Europäer ihren Fisch aus nachhaltig befischten Beständen kaufen. Es ist pure Ironie, dass der Einsatz von Steuergeldern im Rahmen des Fischereisubventionsmodells zu Überkapazitäten geführt hat, aus der Überfischung resultierte. Die Kommission hat bestätigt, dass Subventionen durch künstlich aufrechterhaltene Fischereikapazitäten zu diesem Ungleichgewicht beigetragen haben. Tatsächlich sind nur wenige EU-Flotten ohne Subventionen profitabel, viele kämpfen mit finanziellen Engpässen.

Roberto Ferrigno, WWF Projektdirektor der GFP-Reform, betont, dass sich das Subventionssystem ändern müsse – nicht zuletzt, damit Europa die solide GFP erhält, für die sich die MdEPs ausgesprochen haben.

„Fisch ist ein öffentliches Gut und das marine Ökosystem versorgt uns mit verschiedenen Dienstleistungen. Das dürfen wir nicht durch schlechtes und nicht nachhaltiges Management aufs Spiel setzen“, erklärt Ferrigno. „Im Februar 2013 hat sich das Europäische Parlament für eine nachhaltige GFP Grundverordnung ausgesprochen. Das wäre ein Pyrrhussieg, wenn wir nicht in einem Zuge auch das Subventionssystem anpassen und sicherstellen, dass es die Maßnahmen der Grundverordnung unterstützt. Uns stehen über 6,9 Milliarden Euro Steuergelder zur Verfügung. Wir müssen sie für die Implementierung einer nachhaltigen GFP einsetzen und nicht zu ihrem Schaden.“ (weiter auf S. 2)

Titelbild: Tony Long, Direktor des WWF-Büros in Brüssel, mit Unterstützern der WWF-Kampagne zu einer nachhaltigen GFP-Reform vor dem „Tor der Wahrheit“ beim Europäischen Parlament in Straßburg am 6. Februar 2013.

(von S. 1) für die Sie gestimmt haben, nicht verwässern. Insbesondere die Erholung der Bestände über MSY-Niveau und ein Fischereimanagement mit Mehrjahresplänen sind essentiell für die Gesundheit unserer Meere und unserer Fischindustrie.

Doch Ihre Arbeit für die Fischerei ist noch nicht getan, denn nun steht das umstrittene Thema der Subventionen auf der Tagesordnung. Ich bin jedoch zuversichtlich, dass Sie sich erneut für eine ökologisch und ökonomisch nachhaltige Reform aussprechen werden. Tun Sie dies nicht, gefährden Sie die solide Reform, die Sie bereits auf den Weg gebracht haben.

## Der EMFF muss die GFP unterstützen und nicht aushebeln

Die Kommission hat vorgeschlagen, den Europäischen Fischerei Fonds durch einen neuen Fonds zu ersetzen. Der 6,9 Milliarden Euro schwere Europäische Meeres- und Fischereifonds (EMFF) soll laut der Kommission „Arbeitsplätze und Wachstum im Fischereisektor fördern“. Der Vorschlag berücksichtigt Gesundheits- und Sicherheitsmaßnahmen an Bord der Fangflotte, Weiterentwicklungen im Aquakultur-Bereich, lokale Arbeitsplatzmaßnahmen und Unterstützung für die Umsetzung einer Meeresraumplanung.

Wenn wir eine solide GFP Reform wollen, müssen Steuergelder in die Schaffung dieses neuen, nachhaltigen Systems investiert werden. Sie dürfen nicht dazu dienen, die Reform auszuhebeln. Öffentliche Gelder dürfen nicht zur Unterstützung zerstörerischer Fischereiaktivitäten genutzt werden – deshalb müssen Subventionen für den Bau neuer Schiffe und für den Austausch von Motoren gestoppt werden.

Stattdessen sollten wir die verfügbaren Gelder dafür einsetzen, eine solide Datengrundlage über den Zustand der Fischbestände zu schaffen, die Weiterentwicklung selektiver Fangmethoden voranzutreiben, wie auch die Kontrollmechanismen und die Umsetzung der GFP zu stärken. Schlussendlich führt all das zu einem besseren Fischereimanagement - zum Wohl der Küstenanwohner und der Fischerei-Industrie.

Ihr starkes Votum im Februar stimmt mich hoffnungsvoll, dass Sie die Steuergelder Ihrer Wähler dazu nutzen werden, um die neue GFP zu unterstützen, anstatt sie im Keim zu ersticken.

**Tony Long, WWF Brüssel**

## Einhaltung der GFP Vorschriften

**Das Problem:** In der Vergangenheit haben zahlreiche Mitgliedsstaaten im Fischereisektor von Finanzspritzen der EU profitiert, ohne die Gesetze der GFP zu befolgen oder deren Umsetzung zu überwachen.

**Die Lösung:** Beihilfen von der EU dürfen nur gewährt werden, wenn die Vorschriften der GFP, Umweltschutzrichtlinien, wie die Vogel- und Habitatschutzrichtlinie, sowie die Meeresstrategierahmenrichtlinie eingehalten werden. Bei Verletzung dieser Vorschriften sollten Subventionszahlungen abgelehnt oder ausgesetzt werden.

## Überprüfung der Flottenkapazität

**Das Problem:** In zahlreichen Mitgliedsstaaten gibt es keine offensichtlichen Versuche, die betroffenen Regionen und das wahre Ausmaß der Überkapazität zu identifizieren und zu prüfen, in welchem Verhältnis sie zu den verfügbaren Fischbeständen steht.

**Die Lösung:** Flottenbezogene Subventionen müssen von einer angemessenen Überprüfung der Flottenkapazitäten abhängig gemacht werden. Zusätzlich muss der Fortschritt des jeweiligen Mitgliedsstaates bei der Herstellung eines Gleichgewichtes zwischen Fangkapazitäten und verfügbarem Fisch auf Fischereibasis überprüft werden. Regelverletzungen müssen hier ebenfalls zu einer Ablehnung bzw. Aussetzung der Subventionen führen.

## Öffentliche Gelder für öffentliches Gut

**Das Problem:** Der aktuelle Vorschlag zum EMFF wird die notwendigen strukturellen Änderungen hin zu einer Förderung öffentlicher Güter nicht herbeiführen. Die Gelder sollten ausschließlich für die Förderung gesunder und nachhaltiger Fischbestände ausgegeben werden, damit alle Bürger davon profitieren. Nach wie vor sind die geplanten Ausgaben für eine solide Datengrundlage sowie für Kontrolle und Umsetzung der GFP zu gering, während zu viele Mittel in strukturelle Maßnahmen, wie Schiffsbau und Motorenaustausch investiert werden sollen.

**Die Lösung:** Die Ausgaben für die Schaffung einer soliden Datengrundlage müssen verdoppelt werden, um den Zustand aller Fischbestände zu erfassen und illegale Fischerei zu stoppen. In jedem Land müssen Minimalbeträge für die Verbesserung der Datengrundlage mit der Option festgelegt werden, diese bei Bedarf zu erhöhen. Des Weiteren sollte der Fischereisektor an den Kosten für die Datenbeschaffung und -kontrolle beteiligt werden.

Ohne Subventionen arbeiten nur wenige EU-Fangflotten profitabel.



■ Überdimensioniert: die Kapazität der EU-Flotte ist zu groß für bestandserhaltende Fangmengen



© Fotolia/Nightman

## EINE MINUTE ÜBER: FLOTTENMODERNISIERUNG UND MOTORENAUSTAUSCH

### Das Problem

Europäische Fischereisubventionen haben durch den Bau immer größerer und schnellerer Schiffe zur Überfischung beigetragen. Diese Praxis muss gestoppt werden. Von 2014 bis 2020 wird der neue und 6,9 Milliarden Euro schwere Europäische Meeres- und Fischereifonds (EMFF) den alten Europäischen Fischerei-Fonds ablösen. Laut Kommission soll der EMFF den Erhalt von Arbeitsplätzen und das Wachstum des Fischereisektors sicherstellen und die neue Gemeinsame Fischereipolitik (GFP) unterstützen.

In Parlaments- und Ratssitzungen wurde jüngst gefordert, Gelder des EMFF auch für Flottenmodernisierung und den Austausch von Motoren bereit zu stellen. Dabei hatte die Kommission zugegeben, dass wichtige Ziele der letzten GFP - Abbau der Flottenüberkapazität und ein Ende der Überfischung - nicht erreicht wurden. Dazu galt der Abbau von Subventionen für den Neubau von Schiffen als eine der wenigen großen Errungenschaften der letzten GFP-Reform in 2002.

### Der Druck

Modernisierung, höhere Effizienz und größere Fangkapazitäten gehen Hand in Hand. Die Fangkapazität wurde im

***Wussten Sie's?** Im Juli 2012 haben acht Mitgliedsstaaten einen Brief an die EU-Fischereikommissarin Maria Damanaki geschickt. Sie forderten darin den Erhalt von Modernisierungs- und Abwrackbeihilfen, obwohl bei den Fangflotten von sechs dieser Länder \* laut Kommission (COM(2013) 85 final) bis zu 55 Prozent Unterauslastung der Fischereiflotte besteht.*

*\* Litauen, Malta, Polen, Portugal, Slowenien, Spanien*

letzten Jahrzehnt zwar offiziell reduziert, doch nicht genug, um den technologischen Fortschritt und die somit steigende Effizienz der Flotte zu kompensieren („Technology-Creep“, siehe Graphik). Laut Europäischem Rechnungshof (2011) bieten treibstoffeffiziente Motoren die Möglichkeit, die Fangmenge zu erhöhen, indem mehr Stunden auf See verbracht werden.

### Letzte Neuigkeiten

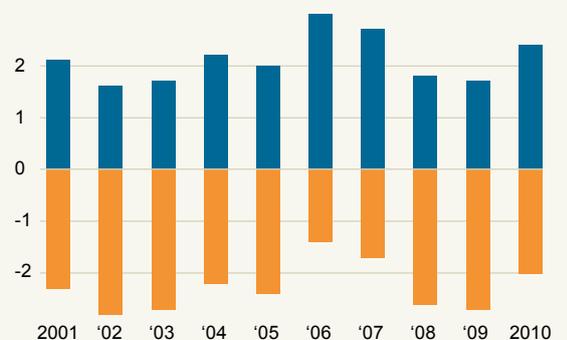
Laut Kommissionsvorschlag sind Schiffsneubau und Motorenaustausch im Rahmen des EMFF nicht förderfähig (Artikel 13 und 29). Einige Mitgliedsstaaten fordern jedoch die Wiederaufnahme dieser Subventionen. Der WWF ist der Auffassung, dass Steuergelder nicht zur Modernisierung einer Fangflotte

dienen sollten, die bereits deutliche Probleme mit Überkapazitäten hat.

### Die Lösung

Vor dem Hintergrund überfischter EU-Bestände und andauernder Überkapazität sollten Steuergelder die neue GFP und den Übergang zu einer nachhaltigen Fischerei unterstützen. Die Gelder sollten in Datenerhebung, Kontrolle und Umsetzung der GFP und in die Erforschung und den Einsatz nachhaltiger Fischereimaßnahmen investiert werden. Mitgliedsstaaten sollten nur dann Zugang zu Subventionen haben, wenn über die Flottenkapazität Bericht erstattet wird und die Vorschriften der GFP, wie auch die Umweltschutzrichtlinien befolgt werden. Um die Überkapazität in den Mitgliedsstaaten effektiv zu senken, muss ein neuer Standard zur Kapazitätsdeklarierung entwickelt werden.

### EU-Fischereiaufwand und „Technology Creep“



■ Jährliche Zunahme der Fangkapazität (kWh in Prozent) der EU-Fischereiflotte (EU 13/15) auf Basis eines jährlichen Technologiezuwachses von 4,4 Prozent [1] und...  
 ■ ... die gemeldete Reduzierung der Fangkapazität nach EuroStat (2013), [2]

[1] Gelchu A. & Pauly D. (2007). Growth and Distribution of port-based global fishing effort within countries' EEZs from 1970 to 1995 • [2] Villasante S. & Sumaila U.R. (2010). Estimating the effects of technological efficiency on the European fishing fleet.

# DAS ENDE DER RÜCKWÜRFE?

## Fische, die tot oder sterbend zurück ins Meer geworfen werden – eines der meist diskutierten Themen des GFP Reformprozesses.

Jedes Jahr geht ein großer Teil der in EU-Gewässern gefangenen Fische über Bord – je nach Fischerei sind es bis zu 60 Prozent des Fangs. Das ist eine Verschwendung wertvoller, begrenzter Ressourcen!

Am 27. Februar hat der EU-Ministerrat seine Position zu Rückwürfen veröffentlicht. Im Gegensatz zum EU-Parlament, das eine grundsätzliche Verpflichtung zum Anlanden und Aufzeichnen aller Fänge vorgeschlagen hatte, empfiehlt der Rat, dass Fischer je nach Fischerei bis zu 7 Prozent ihrer Fänge über Bord werfen dürfen. Es bleibt unklar, wie dies umgesetzt und kontrolliert werden soll.

Besorgniserregend ist, dass Parlament und Rat vorschlagen, unerwünschte Fänge zu kommerzialisieren. Die Möglichkeit, mit Beifang Profit zu machen, untergräbt das zentrale Ziel, ihn durch die Einführung selektiver Fischereimethoden bereits auf See zu verhindern. Zu kleine Fische anzulanden und dann gewinnbringend verkaufen zu können, könnte vor allem im Mittelmeerraum, wo Jungfische als Delikatesse gelten, neue und illegale Absatzwege schaffen. Vor diesem Hintergrund sollte der EMFF keine Fördermittel für die Schaffung von Lagermöglichkeiten enthalten, denn das Ziel des Anlandegebots ist die Beendigung der Rückwurfpraxis.

Stattdessen muss die Selektivität der Fischerei maximiert werden. Selektive Netze und Maßnahmen wie zeitweilige, gebietsbezogene oder saisonale Schließungen können die meisten Beifänge verhindern. Verbesserte Fangpraktiken sowie der Einsatz von CCTV-Kameras sind begrüßenswert. Es braucht innerhalb des Subventionssystems jedoch entsprechende Anreize, damit Fischer diese auch einsetzen.

Schottland geht mit gutem Beispiel voran. Dort wird durch selektives Fanggerät und zeitweilige Schließungen der Beifang von Kabeljau vermieden. Im Rahmen des „Scottish Conservation Credits Scheme“ erhalten Fischer zusätzliche Fangtage, wenn sie selektive Fischereimethoden einsetzen. Die Rückwurfraten von Kabeljau in der Nordsee sind seither deutlich gesunken. Noch ist der Bestand zu niedrig, doch er befindet sich auf dem höchsten Niveau seit 14 Jahren.



© Edward Parker/WWF-Canon

Das schottische Beispiel zeigt, wie Fischindustrie, Umweltschützer, Wissenschaftler und Politiker gemeinsam gute Rahmenbedingungen zur Minimierung von Beifängen schaffen können. Leider sind solche Projekte in Europa noch die Ausnahme. Dieses Modell funktioniert nicht für jede Fischerei, doch der grundsätzliche Ansatz ist überall anwendbar. Die „Scottish White Fish Producers Association“ hat bestätigt, dass dieser Erfolg sie anspornt, „neue Ideen auszuprobieren und weiter zu entwickeln.“

■ Hohe Selektivität: Schottische Fischer haben ihren Beifang erfolgreich reduziert.



### Unser Ziel

Wir wollen die weltweite Zerstörung der Natur und Umwelt stoppen und eine Zukunft gestalten, in der Mensch und Natur in Harmonie miteinander leben.

wwf.eu

Stella Nemecky | EU Fisheries Policy Officer | WWF Germany | T: +49 40 530200 334 | stella.nemecky@wwf.de  
Rita Santos | Policy Officer, European Marine & Fisheries Policy | WWF European Policy Office | T: +32 2 761 0422  
rsantos@wwf.eu • Geschrieben von David Burrows | davidgburrows@yahoo.co.uk  
© Copyright of WWF International © Trademark of WWF International • Gedruckt auf 100% Recyclingpapier

## NEUIGKEITEN

### Global Ocean Commission

Die am 12. Februar gegründete „Global Ocean Commission“ traf im März erstmalig zusammen. Unseren Ozeanen geht es so schlecht wie nie zuvor. Die Kommission spielt als unabhängiger Ausschuss deshalb eine entscheidende Rolle bei der Identifikation der Hauptbedrohungen der Weltmeere und deren nachhaltigem Management in der Zukunft. Unter Vorsitz des ehemaligen Präsidenten Costa Ricas, José María Figueres, Südafrikas Minister Trevor Manuel und dem ehemaligen britischen Außenminister, David Miliband MP, wird der Ausschuss nach Lösungen für die Krise suchen. Finale Empfehlungen werden den Vereinten Nationen 2014 vorgelegt.

### World Ocean Review



■ World Ocean Review 2 – Die Zukunft der Fische, die Fischerei der Zukunft

Die erste umfassende Analyse über den Zustand der weltweiten Fischerei, der „World Ocean Review 2 – Die Zukunft der Fische, die Fischerei der Zukunft“ wurde kürzlich veröffentlicht. Der Report beleuchtet die von der Überfischung ausgehende Bedrohung für die Weltmeere, die globale Ernährungsicherheit und die marinen Ökosysteme. Die Autoren kommen zu dem Schluss, dass ein Fischereimanagement nach dem MSY-Prinzip für eine nachhaltige Fischerei unerlässlich ist. Der Report dient als zuverlässige Informationsquelle für alle Entscheidungsträger. Er kann kostenlos bestellt oder heruntergeladen werden: [www.worldoceanreview.com](http://www.worldoceanreview.com)